

amts bei Weigsdorf, welche ich zwar nicht als widerrechtlich bezeichnen will, die aber den dortigen Bewohnern zu einer der größten Belästigungen gereicht, glaubte die hiesige Regierung bei der kaiserlich östreichischen eine Vereinigung beantragen zu müssen, welche diese Belästigung für den Augenblick milderte, und zwar mit Hinblick auf die zu hoffende definitive Verständigung über alle Streitpunkte. Sie richtete deshalb die geeigneten Anträge an die k. k. östreichische Regierung und schöpfte dadurch, daß diese Regierung auf Bestellung von Commissarien zu einer Einigung einging, die Hoffnung, daß man zum Ziele gelangen würde, und zwar später noch mehr, als die beiderseitigen Commissarien über die Punkte zu einem zu treffenden Abkommen einig waren. Ganz unerwartet mußte daher der hiesigen Regierung die Verweigerung der Ratification dieses Provisorii sein, da es wenigstens bis jetzt im Regierungs- und diplomatischen Verkehr zu den sehr seltenen Fällen gehört, wo den Verhandlungen von Commissarien, die voraussetzlich nach Instruction ihrer vorgesetzten Regierung gehandelt haben, die Ratification verweigert wird. Die Lage der Einwohner in den betheiligten Ortschaften wurde immer drückender. Es hatten bereits grobe Excesse stattgefunden, und es war vorauszu sehen, daß, wenn die Regierung sich nicht ins Mittel legte, größere Excesse und — ich kann es nicht anders bezeichnen — Mord und Todschlag erfolgen würde. Die Verantwortlichkeit solcher folgereichen Excesse wollte das Ministerium nicht auf sich nehmen, und es hat daher eine Maßregel dahin getroffen, daß der Zoll von gewissen Gegenständen aus den diesseitigen Cassen restituirt wird. Ich kann sagen, dies allein ist der hauptsächlichste Grund zu dem Opfer gewesen, welches die Regierung gebracht hat. Wer wollte nicht dann, wenn mit Gewißheit vorauszu sehen ist, daß Excesse entstehen werden, die Menschenleben kosten, jedes Mittel versuchen, solchen Folgen zu begegnen? Die Regierung hat aber seitdem nicht aufgehört, den Vorschlag, die Zölle einstweilen und bis nach Austrag der Sache zu notiren, bei der kaiserlichen Regierung dringend, aber leider ohne Erfolg, zu wiederholen; doch muß ich hinzufügen, daß in diesem Augenblicke, wenn auch keine bestimmte Aussicht, doch ein neuer Schein von Hoffnung vorhanden ist, daß man die Notirung der Zölle bewilligen werde. In Hinsicht auf die von der geehrten Deputation gestellten Anträge bemerke ich, daß das Ministerium mit denselben vollkommen einverstanden ist. Die Anträge gehen in der Hauptsache dahin, unter a, b und c, daß die Regierung die endliche Regulirung dieser Angelegenheit betreibe, und falls dennoch Verzug eintreten sollte, geeignete Maßregeln treffe. Daß das Ministerium dies zu thun beabsichtigt, habe ich bereits angedeutet. Der Antrag unter d geht dahin, die jetzigen milden Verfügungen wegen Restitution des Zolls fort dauern zu lassen. Auch darüber habe ich mich bereits erklärt. Ein fernerer Antrag geht darauf, in Erwägung zu ziehen, ob und welche Erleichterungen den Bewohnern sonst noch zu Theil werden können. Auf diesen Punkt vermag das Ministerium sich jetzt nicht zu äußern, wird ihn aber einer nähern Erörterung unterwerfen. Der letzte Antrag ist, bei künftiger definitiver Erledigung auf die Wiedererstattung der Auslagen des böhmischen Zolls Bedacht zu nehmen. Das hängt

allerdings davon ab, wie sich die definitiven Verhandlungen über den Gegenstand gestalten werden. Immer hofft die Regierung, daß endlich die kaiserlich östreichische Regierung sich entschließen werde, diesen Gegenstand alles Ernstes anzugreifen, und ihn bald zu einer für beide Theile so wünschenswerthen Erledigung zu bringen. Für die Regierung selbst sind solche Differenzen allerdings ohne erheblichen Einfluß, aber für die unglücklichen Bewohner solcher Gegenden sind sie überaus empfindlich. Sie leiden dadurch allein, wenn solche Differenzen sich in die Länge ziehen, und von beiden Theilen am Ende zu Repressalien verschritten wird. Die Regierung hat bis jetzt nicht dazu verschritten wollen, was bei der Enclave Leutersdorf hätte geschehen können. Aber es ist nicht zu leugnen, daß dies der einfachste und folgereichste Weg und derjenige ist, zu welchem viele Regierungen verschreiten; man hat aber geglaubt, daß die Ergreifung von Repressalien bei Leutersdorf den Zustand der Enclavenbewohner von Weigsdorf nur noch schwieriger machen und auch die Lage von Leutersdorf (jetzt allerdings Ausländer) verschlimmern würde.

Abg. Scholze: Obschon in dem Berichte der geehrten Deputation Alles hervorgehoben worden ist, was sich nur irgend über diesen Gegenstand sagen läßt, so muß ich mir dennoch erlauben, einige Worte über denselben zu sprechen; denn es ist ein zu betrübender Umstand, dem diese Enclavenbewohner unterliegen müssen. Sie haben mir auch diese Petition zugesandt, um sie zu bevormworten. Dieser Vorfall ist ein außerordentlicher, ein unerhörter und ein ähnlicher Fall ist wohl im tiefen Frieden in civilisirten Staaten noch nicht vorgekommen, und ich weiß nicht, ob ich dies Verfahren nicht als ein völkerrechtswidriges erklären darf. Unerhört ist das Leiden, welches diesen Enclavenbewohnern zugefügt ist und welches sie schuldlos tragen müssen, welchen Verationen, welchen Verlusten und welchen Zurücksetzungen in ihrer Nahrung und ihren Gewerben sind sie durch diesen Zustand nicht preisgegeben, ohne das Ende ihrer Leiden zu sehen? Die Bekümmernisse, der Schaden, welchen diese Enclavenbewohner erleiden müssen, ist groß, und am vorzüglichsten betrifft er wohl diejenigen, die in dem Deputationsberichte S. 540 angegeben sind, nämlich den Rittergutsbesitzer, dessen Pächter von dem Brau- und Brennereiarbeit, sowie den Schlacht- und Brennereiberechtigten, Erbschänkenbesitzer Baumann und die beiden Müller, welche ihre Mühlen am Wittichflusse liegen haben, weil ihnen, wie es in der Petition heißt, ihre ungerecht zu zahlenden Ausgaben theils gar nicht, theils nicht in entsprechender Maße ersetzt worden wären, als wie den Webern. Darum haben sie besonders mitgetracht, und unter andern hat mir der Erbschänkenbesitzer Baumann vor einiger Zeit einen Entwurf zu einer Petition übersendet, worauf ich ihm berichten sollte, ob er diese Petition eingeben soll oder nicht; ich habe jedoch solche gleich mit an die Deputation übergeben. Aus diesem Entwurfe erlaube ich mir, Ihnen einen Satz vorzulesen, um daraus zu sehen, in welchem traurigen Zustande sich diese Leute befinden. Es heißt daselbst: „Seit dem Beginn des Zollverbandes hat sich eine traurige Lage entsponnen dadurch, weil mein kleines Besizthum, die Erbschenke zu Niederweigsdorf, einem sächsisch böhmischen Grenzorte, ganz und gar von böhmischem